

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

**Konzept zur Realisierung eines Modellprojekts für einen mobilen kinderärztlichen
Bereitschaftsdienst**

Drucksachen 19/1491 und 19/1613

Der Senat von Berlin
WGP - I D 52 -
Tel.: 9028 (928) 1765

An das

Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Mitteilung

- zur Kenntnisnahme -

über Konzept zur Realisierung eines Modellprojekts für einen mobilen kinderärztlichen Bereitschaftsdienst

- Drucksache Nr. 19/1491 und 19/1613 -

Der Senat legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 02.05.2024 Folgendes beschlossen:

„Der Senat wird aufgefordert, ein Konzept zur Realisierung eines Modellprojekts für einen mobilen kinderärztlichen Bereitschaftsdienst mit dem Ziel einer passgenaueren Versorgung von Kindern in gesundheitlichen Akutsituationen zu erstellen und damit die pädiatrische Versorgung in der Stadt außerhalb der gängigen Praxisöffnungszeiten zu verbessern. Das Modellprojekt soll nicht nur aufsuchende ärztliche Tätigkeiten beinhalten, sondern ebenfalls ein digitales Angebot wie Videoberatung umfassen. Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Oktober 2024 zu berichten.“

Hierzu wird berichtet:

Die Einrichtung eines Modellprojektes für einen mobilen kinderärztlichen Bereitschaftsdienst inklusive eines digitalen Angebotes zur telemedizinischen Beratung wird im Rahmen des durch die Staatssekretärin für Gesundheit geleiteten Runden Tisches Kinder- und Jugendgesundheit innerhalb der Arbeitsgruppe 2 „ambulant-stationäre Versorgung“ unter Beteiligung der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin und den

Kostenträgern geprüft. Ein erstes Treffen der Arbeitsgruppe „ambulant-stationäre Versorgung“ des Runden Tisches Kinder- und Jugendgesundheit fand am 05.07.2024 statt, der nächste Termin ist für den 07.11.2024 vorgesehen.

Das Vorhaben wird hierbei u. a. vor dem Hintergrund des Versorgungsbedarfs, des bestehenden Fachkräftemangels und der in Entwicklung befindlichen Notfallreform des Bundes betrachtet. In den bisher stattgefundenen Gesprächen zeichnete sich ab, dass ein mobiler kinderärztlicher Bereitschaftsdienst insbesondere durch den fahrtzeitbedingten hohen Zeitaufwand und damit einer geringen Anzahl zu versorgender Patientinnen und Patienten im Vergleich zum ortsgebundenen Einsatz eines Arztes momentan nicht realisierbar erscheint. Der Fokus der Prüfung wird daher nach derzeitigem Stand auf dem Ausbau der telemedizinischen Versorgung liegen, welche nach derzeitigem Erkenntnisstand am ehesten zu einer Verbesserung der pädiatrischen Akutversorgungssituation im Land Berlin führen könnte. Zudem werden Daten zum Leistungsumfang der Akutversorgung von Kindern an Krankenhäusern erhoben. Die telemedizinische Akutversorgung, z.B. durch Videosprechstunden und telefonische Beratung, ist bereits Teil des Gesetzesvorhabens zur Reform der Notfallversorgung, welches zwingend in der Diskussion zu o. g. Auftrag mit betrachtet werden muss und dessen Inkrafttreten abgewartet werden sollte, um keine unnötigen Parallelstrukturen in der pädiatrischen Akut- und Notfallversorgung zu schaffen.

Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

- a) Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:
Derzeit keine.
- b) Personalwirtschaftliche Auswirkungen:
Derzeit keine.

Wir bitten, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Berlin, den 29.10.2024

Der Senat von Berlin

Kai Wegner
Regierender Bürgermeister

Dr. Ina Czyborra
Senatorin für Wissenschaft
Gesundheit und Pflege